

Kommentar

Atemberaubend

Von Konrad Freiberg

In atemberaubender Geschwindigkeit und ohne nennenswerte Diskussion werden Sicherheitspakete auf der politischen Bühne verhandelt, die vor dem 11. September 2001 zu innenpolitischen Erdbeben geführt hätten. Außen- wie innenpolitisch hat dieses Schicksalsdatum die Republik verändert. Ob zu ihrem Besseren, wird die Zukunft beantworten. Rasterfahndung, unbehinderte Zusammenarbeit zwischen Nachrichtendiensten und Polizei, Einsatz der Bundeswehr im Innern des Landes, Vernetzung von Dateien vom Einwohnermeldeamt bis zum Ausländerzentralregister, biometrische Merkmale im Personalausweis, Überprüfung von Beschäftigten in "lebensnotwendigen" Unternehmen. Selbst eingefleischten Polizisten wird gelegentlich schwindelig angesichts des Bündels an geplanten Gesetzesänderungen, mit deren Hilfe sie künftig die Bevölkerung vor terroristischen Umtrieben schützen sollen.

Allein, Papier ist geduldig und eine theoretische Möglichkeit zur Anwendung eines Gesetzes ist vom Vollzug oftmals Lichtjahre entfernt, die Straßenverkehrsordnung und die Kampfhandverordnung sind beredte Beispiele dafür. Die fatale Auswirkung solcher Ankündigungen auf die Öffentlichkeit mündet stets in die Frage: "Ihr habt doch jetzt alles, warum nutzt ihr es nicht." In den Polizeidienststellen, leergefegt nicht nur durch Dauereinsätze in Folge der neuen Bedrohungslage, fragt sich hingegen der kümmerliche Rest: Wer soll das alles machen, was da geplant ist? - unabhängig davon, welche Blessuren ein demokratischer Rechtsstaat mit unabsehbaren innenpolitischen Folgen davon tragen könnte, wenn das Füllhorn an Sicherheitsmaßnahmen erst einmal ungeprüft über ihm ausgeschüttet worden ist.

Polizei und Verfassungsschutz sind in der Vergangenheit kaputtgespart worden - sagte kein Geringerer als der ehemalige Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz. In internen Papieren an den Innensenator hissten prominente Berliner Polizeiführer bereits vor dem 11. September die weiße Flagge. Seit Jahren kämpft die Gewerkschaft der Polizei in nahezu allen Bundesländern gegen Personalknappheit und Sparmaßnahmen an - und stieß weitgehend auf taube Ohren. Ein interner Maßnahmenkatalog des Bundeskriminalamtes, man könnte auch sagen: Mängelkatalog, liest sich, als müßte das Amt, nachdem es jahrelang unter politischer Nichtbeachtung litt, neu aufgebaut werden, was in jedem Fall für das Projekt "INPOL-neu" gilt. Auch die "Sicherheitspakete" der Bundesländer erweisen sich bei näherer Betrachtung nicht selten als Mogelpackungen. Dort, wo der Polizei einige neue Stellen zugestanden werden, sind diese Kolleginnen und Kollegen erst in einigen Jahren tatsächlich im Dienst.

Viele Hände und Köpfe sind notwendig, um der neuen Bedrohungslage gerecht zu werden. Die polizeiliche Infrastruktur muß belebt werden - es fehlt nicht nur an Kolleginnen und Kollegen für den operativen Dienst, es mangelt Angestellten, Techniker für die Telekommunikationsdienste bis hin zu Dolmetschern und Übersetzern.

Ein sichtbares und ernstzunehmendes Zeichen der Politik wäre ein Stop der Privatisierung und die Rücknahme aller Sparmaßnahmen.

(aus [DEUTSCHE POLIZEI 11/2001](#))